

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 26

Charlottenburg, Freitag, den 1. Juli 1910

Jahrg. 37

Sperren

Vollsperrern in Deutschland: Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H.) Colditz (A. G.). Glas (Rachwalitz). Ilmenau (Schumann & Klett). Mannheim. Ottendorf-Drilla (August Walther). Weißwasser (August Schweig & Co.)

Halbsperrern in Deutschland: Altwasser (G. Tiesch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Heene, Eckert & Menz). Königszelt. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau (Göbel). Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb (L. Hutschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brüg (Steingutfabrik von Karl Spitz). Frainersdorf (P. A. Branitzky). Svijan-Podol (Rydl & Thon). Bel-Apatfala Ungarn (Proschinsky). Gula (Gebr. Mehner).

Friede im Baugewerbe.

Auf der am 20. und 21. Juni im Volkshaus in Charlottenburg abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung der Maurer und Bauarbeiter wurde durch die Annahme des Schiedsspruchs der drei Unparteiischen der Kampf im Baugewerbe offiziell beendet. Wir beschränken uns darauf, darüber das Wesentlichste mitzuteilen.

Vom 14. bis zum 17. Juni tagte das zentrale Schiedsgericht in Dresden. Entgegen den Wünschen der Arbeiterorganisationen, die Heißiger zum Schiedsgericht unbeteiligten Berufener zu entnehmen, entschieden die Unparteiischen, daß den Parteien hierbei keine Beschränkung auferlegt werden sollte. So erfolgte denn seine Zusammensetzung aus je vier Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und den drei Unparteiischen.

Das Schiedsgericht sprach München eine dreistündige Verkürzung der Arbeitszeit ab 1. April 1911 und insgesamt 8 Pf. Erhöhung des Stundenlohnes zu, nämlich 2 Pf. sofort, 4 Pf. 1911 und 2 Pf. 1912. Nürnberg erhielt 1, 2 und 1 Pf., zusammen 4 Pf. Lohnerhöhung.

Da nun aber mangels lokaler Verständigung die Differenzen einer so erheblichen Anzahl Orte der Entscheidung des Schiedsgerichtes harren, daß diese wochenlange Verhandlungen erfordert hätten, traf das Schiedsgericht zunächst in der Lohnfrage folgende allgemeine Entscheidungen:

„Die gegenwärtigen tariflichen Löhne werden während der Vertragsdauer im allgemeinen um 5 Pf. erhöht. In Orten, die nach der letzten Volkszählung weniger als 5000 Einwohner hatten, wird der tarifliche Lohn um 4 Pf. erhöht. Gehören solche Orte nach dem letzten Tarifvertrag zu dem Vertragsgebiet eines größeren Ortes, so tritt auch hier eine Lohnerhöhung von 5 Pf. ein. Die Anrechnung bisher gewährter Lohnerhöhungen ist technisch schwer möglich, würde zu Ungerechtigkeiten führen und den Abschluß der Bewegung stark verzögern und mußte daher abgelehnt werden. Die Lohnerhöhungen haben in folgender Weise stattzufinden: 1. Wo 5 Pf. gewährt werden, sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf. und am 1. April 1912 wieder 2 Pf.

2. Wo 4 Pf. gewährt werden, sofort 1 Pf., am 1. April 1911 2 Pf. und am 1. April 1912 1 Pf.

Bezüglich der Arbeitszeit wurde allgemein entschieden, daß in Orten, wo eine mehr als 10¹/₂ stündige Arbeitszeit besteht, diese vom 1. April 1911 an auf 10¹/₂ Stunden und vom 1. April 1912 an auf 10 Stunden zu verkürzen ist. In Orten, wo sie nicht mehr als 10¹/₂ Stunden beträgt, hat sie vom 1. April 1911 an 10 Stunden zu betragen.

In Frankfurt a. M., Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen und Wiesbaden wird die Arbeitszeit auf 9¹/₂ Stunden ab 1. April 1911 herab gesetzt. In den genannten Städten tritt die Lohnsteigerung in folgender Weise ein: Sofort 2 Pf., am 1. April 1911 4 Pf., am 1. April 1912 2 Pf.; nur in Offenbach und Wiesbaden sofort 2 Pf., am 1. April 1911 3¹/₂ Pf., am 1. April 1912 2 Pf. Für alle übrigen Orte und Lohngebiete wird eine Verkürzung der Arbeitszeit abgelehnt. In Orten unter 10 000 Einwohnern, in denen die Verkürzung der Arbeitszeit während der Vertragsdauer eine Stunde beträgt, tritt der volle Lohnausgleich nur zur Hälfte ein.

Wo die Differenz zwischen dem Lohn der Maurer und dem tariflichen Höchstlohn der Bauhilfsarbeiter über 18 Pf. beträgt, soll sie im zweiten Vertragsjahre durch Erhöhung des Bauhilfsarbeiterlohnes um 1 Pf. ausgeglichen werden.

Die Begründung des Schiedsspruches bejaht ausdrücklich das Bedürfnis nach einer Lohnerhöhung. Diese habe sich durch die Lebensmittelvertierung und die damit verbundene Geldentwertung notwendig gemacht. Das ist eine klatschende Ohrfeige auf die aussperrungslüsternden Bauproben, die bei Einleitung dieser Bewegung an manchen Orten sogar noch Lohnkürzungen androhten. Ueber die Nebenbedingungen der neuen Verträge sollen sich nun die Parteien bis zum 8. Juli örtlich einigen, dann noch verbleibende Differenzen wird das jegliche Schiedsgericht bis zum 15. Juli endgültig erledigen.

Für die Arbeiter bedeutet dieser Schiedsspruch zweifellos einen erheblichen Erfolg, waren es doch die Unternehmer, die diese Riesebewegung einleiteten, um die Arbeiter nieder zu drücken. Ob er jedoch um die Wiederaufnahme der Arbeit den Weg hat, so fasten gehen wird, muß abgewartet werden. In einer Anzahl Orte haben die Arbeiter die Aufnahme der Arbeit noch hinaus geschoben, weil ihnen das Zugespochene unbefriedigend ist. Der Zentralvorstand der Zimmerer forderte seine Mitglieder zur Arbeitsaufnahme auf. Die Maurer haben den außerordentlichen Streikbeitrag der Arbeitenden bereits mit dem 18. Juni aufgehoben. Zu dem Schiedsspruch selbst nahmen sie auf einem gemeinsamen Verbandstage mit den Bauhilfsarbeitern Stellung.

Dieser Verbandstag, der wie eingangs bemerkt, in Charlottenburg abgehalten wurde, erklärte sich nach zweitägiger heftiger Debatte für die Annahme des Schiedsspruchs. Es fand eine namentliche Abstimmung statt, die ergab, daß von den Maurern 195 dafür und 54 dagegen, von den Bauhilfsarbeitern 88 dafür und 17 dagegen stimmten.

Vor dem Auseinandergehen der Delegierten faßte der Vorsitzende des Maurerverbandes, Bömelburg, den beendeten Kampf in folgender Betrachtung zusammen: Eine bedeutungsvolle Bewegung sei zum Abschluß gelangt, wie sie in Deutschland noch nicht zu verzeichnen gewesen sei. Der Kampf zerfalle in drei Teile: Die Vorbereitung vom November v. J. bis zur Aussperrung mit dem Wortgefecht in der Presse, die Aussperrung und die erste Entscheidung durch die Unparteiischen und die letzte

Entscheidung über die Lohnhöhe und Arbeitszeit. Die Unternehmer waren die Angreifer. Was haben sie erreicht? Eine Niederlage! Sie haben Verzicht auf ihre Forderungen leisten müssen und die geschlossene Organisation der Maurer, die für diesen Kampf seit Jahren finanziell gerüstet war, habe einen Sieg erfochten, der, wenn auch nicht durchaus befriedigend, sich doch den anderen Erfolgen in den letzten 15 Jahren würdig an die Seite stellen könne. Die durch den Schiedsspruch erreichte Lohnerhöhung von 5 Pf. komme 130 000 Maurern und 70 000 Bauhilfsarbeitern zugute und die 4 Pf.-Lohnzulage gelte für 7000 Maurer und 3000 Bauhilfsarbeiter. Werden die Zimmerer dazu gerechnet, so würden rund 250 000 Arbeiter an dieser Lohnerhöhung teil haben. Dazu kommt ein Lohnausgleich für viele Orte. Eine Arbeitszeitverkürzung von 10 Stunden auf 9 $\frac{1}{2}$ Stunden tritt für 5 Lohngebiete mit 56 Orten in Kraft. Eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, wo heute noch 10 $\frac{1}{2}$ und 11 Stunden gearbeitet wird, kommt für 40 Lohngebiete mit 600 Orten in Betracht. Insgesamt wird etwa 30 000 Arbeitern einer Arbeitszeitverkürzung teilhaftig.

So sei der Verlauf des Kampfes in hohem Maße befriedigend und ermutigend für die Organisation ausgefallen. Der Verband habe tatsächlich einen schönen Sieg errungen, indem er den Angriff der Unternehmer glatt abwehrte. Die Bauarbeiter hätten keine Veranlassung zum Mörkeln. Es sei ein großer Schaden für die Arbeiterbewegung, wenn die Arbeiter sich ihre eigenen Siege durch zwecklose Kritik verkleinern, wenn sie sich und anderen einreden, daß Siege Niederlagen seien. Erfolge seien ein Ansporn für die Mitglieder und die Organisation. Wenn einig und geschlossen für den Verband in den nächsten drei Jahren gewirkt würde, würde das Jahr 1913 die Bauarbeiterorganisation zu neuen Kämpfen gewappnet finden.

Die deutschen Gewerkschaftskartelle 1909.

II.

Die Wirksamkeit der Gewerkschaftskartelle.

Eine der wesentlichsten Aufgaben der Kartelle ist die Betreibung und Förderung der gewerkschaftlichen Agitation innerhalb ihres Wirkungskreises. Inwieweit die Kartelle im Jahre 1909 dieser Aufgabe nachgekommen sind, geht zum Teil aus der Zahl der von ihnen veranstalteten Versammlungen hervor. Es wurden abgehalten 2668 allgemeine und 1395 berufliche Versammlungen. Gegenüber dem Jahre 1908 sind es 79 Veranstaltungen weniger. Dieser Rückgang ist zu unbedeutend, um daraus ungünstige Schlussfolgerungen ziehen zu können. Es ist solches um so weniger angängig, als die seit 1908 eingetretene wesentliche Vermehrung der Ausgaben für Agitation auf eine Steigerung der agitatorischen Betätigung schließen läßt.

Jedenfalls sind unverkennbare Fortschritte in den Bestrebungen zur Gewinnung weiblicher Mitglieder zu verzeichnen. Es geht dies daraus hervor, daß die Zahl der weiblichen Vertrauenspersonen von 30 auf 48 und die der Arbeiterinnenkommissionen von 18 auf 29 gestiegen ist. Angesichts des unaufhaltbaren Vordringens der weiblichen Arbeitskraft auf dem gewerblichen Gebiet ist eine intensive Aufklärungsarbeit unter den Arbeiterinnen auch durchaus notwendig.

In einer recht erheblichen Anzahl von Orten wird die Tätigkeit der Gewerkschaften eingeengt durch die Borenthaltung von Versammlungslokalen. Die Gewerkschaftsmitglieder haben dort die Pflicht, dieser bürgerlichen Reaktion entgegen zu wirken. Soweit wie irgend möglich, muß daneben durch Mietung von Räumen dafür gesorgt werden, daß wenigstens die notwendigsten Versammlungen abgehalten werden können. In 48 Fällen wurden von den Kartellen solche Versammlungssäle unterhalten.

Im engsten Zusammenhang mit der agitatorischen Tätigkeit stehen die von den Kartellen in erfreulichem Umfang geförderten Bildungsbestrebungen. Die Zahl der Kartelle, die gemeinsame Bibliotheken besitzen, hat sich in dem Jahre 1909 von 430 auf 464 erhöht. Lesezimmer wurden 54 unterhalten, Bildungsausschüsse bestehen in 272 Orten (1908: 235) und die Zahl der Jugendkommissionen beträgt 284 (1908: 234). Von 31 Kartellen wird bemerkt, daß sie Bildungsausschüsse und Jugendkommissionen gemeinsam mit der Partei besitzen. Von den seitens der Kartelle veranstalteten allgemeinen Versammlungen wird eine erhebliche Anzahl durch Vorträge wissenschaftlicher Vorträge den Bildungsbestrebungen gewidmet gewesen sein.

Eine recht nützliche Aufgabe erfüllen die Kartelle in der Bornahme statistischer Erhebungen. Im Vordergrund stehen dabei die Arbeitslosenzählungen, die in 89 Fällen vorgenommen wurden. Ihre Zahl tritt zwar hinter der des Vorjahres (1908:

114) um 25 zurück, doch ist dieses daraus erklärlich, daß 1908 eine ausnahmsweise starke Steigerung dieser Zählungen stattgefunden hat. Außer den Arbeitslosenzählungen wurden noch 5 Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse und sonstige Erhebungen vorgenommen.

Dem Gebiete der Arbeiterschutzesetzgebung wurde von den Kartellen fortgesetzt die größte Aufmerksamkeit gewidmet. Es bestanden 1909 in 134 Orten Beschwerdekommisionen für Gewerbeinspektionsfachen, in 46 Orten Kommissionen zur Bekämpfung des Kost- und Logiswesens bei dem Arbeitgeber und in 221 Orten Bauarbeiterschuttkommissionen.

Die Zahl der Gewerkschaftshäuser beträgt 63. Im Jahre 1908 wurden 51 festgestellt. In 30 Fällen dienten gepachtete oder gemietete Räume solchen Einrichtungen und in 34 Orten sind Gewerkschaftshäuser auf eigenem Grundstück errichtet. Zur Errichtung und Führung von Gewerkschaftshäusern sind in der Regel besondere Genossenschaften gebildet. Man kann deshalb, wörtlich genommen, dabei nicht von Einrichtungen der Kartelle sprechen. Doch haben in allen Fällen die Gewerkschaftshäuser ihren hauptsächlichsten finanziellen Stützpunkt in den Gewerkschaften bzw. deren Mitgliedern.

Für die Unterbringung reisender Gewerkschaftsmitglieder in gut eingerichteten Herbergen wird von den Kartellen Erhebliches geleistet. 28 Kartelle unterhalten Herbergen in eigener Regie, die in der Regel in Verbindung mit Gewerkschaftshäusern stehen. Wo es nicht möglich ist, eigene Herbergen zu errichten, bemühen sich die Kartelle durch Abmachungen mit Herbergswirten für die Unterbringung der Reisenden in guten Räumen zu sorgen. Die Zahl der Herbergen bei Gastwirten ist seit dem Jahre 1908 von 255 auf 303 gestiegen.

In 95 Orten werden von den Kartellen Arbeitersekretariate unterhalten. In verschiedenen Fällen sind an dem Unterhalt eines Sekretariats mehrere Kartelle beteiligt. Außer den Sekretariaten sind noch von 172 Kartellen Rechtsauskunftsstellen eingerichtet. Von 88 Kartellen werden insgesamt 146 Beamte beschäftigt, die hauptsächlich in Sekretariaten tätig sind.

Die hervorragenden Leistungen der Sekretariate und Rechtsauskunftsstellen für die Arbeiterschaft werden später durch eine besondere Statistik veranschaulicht werden.

Jugendfürsorge.

Um die Jugend geht heute ein heißes Ringen. Auch das ist wie alle gesellschaftlichen Fortschritte der neueren Zeit ein Verdienst der Sozialdemokratie. Jahrzehntlang hat sich die bürgerliche Jugendbewegung in der gemächlichen Gangart des trähwinkel Landsturms bewegt. Evangelische und katholische Jünglings- und Lehrlingsvereine harren mit christlicher Geduld der Schäflein, die seelsorgerischer Zuspruch oder elterliche Autorität ihnen zuführten. Da stieß die Sozialdemokratie in ihrem unaufhörlichen Fortschreiten an das Problem der Jugendbewegung; sie erkannte sofort seine Bedeutung und ging auch unverzüglich daran, seine Lösung praktisch in die Wege zu leiten. Und seit dieser Zeit bewegt sich auch die bürgerliche Jugendbewegung in rascherem Tempo.

Die konfessionellen Jugendorganisationen katholischer und evangelischer Richtung sind mit regerem Eifer als früher bemüht, die schulentlassene Jugend für sich zu gewinnen; aber vorflechtiger Weise verlassen sie sich nicht mehr allein auf die schulflechten Wege ihrer Kirche sondern sie suchen durch anheimelnde jugendliche Freizeitsport, durch Sport, Spiel, Ausflüge und Museumsbesichtigungen die jungen Leute an sich zu locken.

Von großer Bedeutung für die neuere Entwicklung der bürgerlichen Jugendbewegung ist sodann das Eingreifen der Regierung gewesen. Durch mehrere Erlasse hat der preussische Minister des Innern eine Jugendbewegung zu fördern gesucht, deren Unterbau die Fortbildungsschule bilden soll. Die beteiligten Lehrer und Gemeinden sind aufgefordert worden, sich der Jugendfürsorge anzunehmen.

Um diese behördlich geförderte Jugendbewegung gruppieren sich in mehr oder minder engem Anschluß eine Reihe anderer Bestrebungen, die interkonfessionellen und angeblich auch politisch neutralen Charakter tragen. So hat sich bereits eine Zentrale für Jugendfürsorge gebildet, die Zentralstelle für Volkswohlfahrt betreibt mit Eifer die Fürsorge für die Schulentlassenen.

In den letzten Wochen erzielte die Bewegung dadurch einen neuen Antrieb, daß die zu Pfingsten in Straßburg tagende deutsche Lehrerversammlung die Frage der Jugendfürsorge als eines ihrer beiden Hauptthemen behandelte. Der rixdorfer Lehrer Agard, der, soweit einzelnen Personen überhaupt ein besonderes Verdienst zuzuschreiben ist, zu den wirksamsten

Förderern der Schaffung des Kinderschutzgesetzes gehört hat, hat sich neuerdings der Jugendfürsorge mit Eifer angenommen und ihr seit Jahren in seiner propagandistisch-lebhaften Weise unter den Lehrern Anhänger zu werben gesucht. Vor ihm haben zwar auch schon Lehrer und Direktoren in Jugendfürsorge „gemacht“, aber die Art und Weise dieser Leute erweckt den starken Verdacht, daß sie die Angelegenheit hauptsächlich aus persönlicher Liebhaberei am Vereins- und Wohltätigkeitsport betrieben. Von diesem Verdachte ist Agahd frei, er wird zweifellos von seinem starken sozialen Empfinden und von dem ehrlichen Wunsche geleitet, den Proletariatskindern, die er acht Jahre vor sich sitzen hat und die er mit starker Liebe umfaßt, das schwere Los ihrer freudlosen Jugend zu erleichtern. Um so besser kann man an seinem Streben prüfen, was von der bürgerlichen Jugendfürsorge selbst in ihren Tendenzen zu halten ist.

Agahd sieht die Jugendfürsorge nicht in erster Linie und hauptsächlich in Maßnahmen für körperlich oder moralisch kranke Kinder, eben so wenig will er sie nur auf Jugendliche beschränkt wissen, die der Schule bereits entwachsen sind; er will in der Hauptsache durch Fürsorgeerziehung „das Normale, das Starke stark erhalten“, Jugendfürsorge ist nach ihm „Förderung der geistigen, körperlichen, sittlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Kinder und Jugendlichen“. Das sei durch Gesetze oder durch private Wohltätigkeit zu erreichen. So lange die öffentliche Fürsorge nicht ausreicht, müsse die private ausgebaut werden. Die Lehrerschaft solle durch Mitarbeit in der privaten Jugendfürsorge Pionierarbeit für den Staatsgedanken einer ausgedehnten Erziehungspolitik leisten.

Durch Klarheit und Bestimmtheit zeichnet sich dieses Programm nicht gerade aus. Aber das eine geht aus Agahds kritischen Bemerkungen und praktischen Vorschlägen deutlich hervor: Daß er die tausend Unzulänglichkeiten unseres heutigen Erziehungswesens empfindet, und daß er schwer darunter leidet. Und da er ein starker Anreger und Arbeiter ist, so will er sofort Hand anlegen, um zu helfen, wo nur zu helfen ist. Den Lehrermangel und die Ueberfüllung der Schulklassen will er beseitigen; die Lehrer der älteren Jahrgänge sollen entlastet werden, damit sie mit den Eltern ihrer Schüler Fühlung nehmen können; im letzten Schuljahre soll durch Arbeitserziehung die Berufswahl der Kinder erleichtert werden; für schulpflichtige Kinder sollen Erziehungsämter eingesetzt werden, für die Schulentlassenen soll die Fortbildungsschule die Basis der Erziehung bilden. Und was derartiger Forderungen mehr sind!

Ueber jede einzelne läßt sich reden, und den meisten würden sozialdemokratische Vertreter in Landtagen und Kommunalvertretungen gern zustimmen als vorläufige Mittel zur Abschaffung der schlimmsten Mißstände.

Aber das sozialdemokratische Programm für Jugendfürsorge ist damit nur an der Oberfläche berührt. Alles, was Agahd vorschlägt, sucht nur Wirkungen einzuschränken, während es die Ursachen der beklagenswerten Erscheinungen unangetastet läßt. Woher rührt denn das unsägliche Kinderelend, das in seiner Entsetzlichkeit und Grausamkeit wohl einem vereinzelt, warm fühlenden Menschen das Blut zum Herzen treibt, das aber Millionen proletarischer Eltern jeden Tag mit bitterstem Schmerz erleben müssen, ohne daß sie sofort etwas dagegen tun können? Es erwächst aus den sozialen Zuständen und Einrichtungen, die die kapitalistische Produktionsweise herbei geführt hat. So lange dieses Wirtschaftssystem herrscht, so lange wird der Kern des Übels nicht berührt; im günstigsten Falle werden nach mühseligem Kampfe und zur Beruhigung unbequemer Dränger einige bescheidene, allzu bescheidene Zugeständnisse gewährt wie seinerzeit das Kinderschutzgesetz, aber gerade Agahd weiß dessen Unzulänglichkeit in lebhaften Farben zu schildern.

Die beste Jugendfürsorge besteht darin, daß man die Ursache des Kinderelends, der gewerbmäßigen Kinderarbeit, der Blöße und des Hungers der Arbeiterkinder beseitigt. Das ist nur durch den energischen Kampf gegen die heutige Klassenscheidung und ihre Nutznießer, gegen die herrschende Klasse gegen Kapitalisten und Junker und ihre bewußten und unbewußten Helfershelfer zu erreichen. Diesen Kampf hat die Sozialdemokratie organisiert und seiner Förderung dienen alle ihre Maßnahmen.

Die Arbeiterklasse kann diesen Kampf umso besser führen, je gefestigter, innerlich und äußerlich, jeder einzelne Arbeiter ist und je klarer er durch seine politische Betätigung und Aufklärung das Kampfziel und die Kampfbedingungen erkennen lernt. Durch die Gewerkschaften wird ferner die unmittelbare Stellung des Arbeiters dem Kapital gegenüber und seine gesellschaftliche Position gestärkt. Die Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Arbeitslöhne sind wichtige Faktoren für die körperliche und

geistige Hebung des Arbeiters, der Arbeiterfamilie und damit der Arbeiterkinder. Jeder gewerkschaftliche Erfolg der Arbeiter bedeutet ein wertvolleres Stück praktischer Jugendfürsorge als hundert Ausschüsse bürgerlicher Sozialpolitiker.

Dazu kommt noch die unmittelbare praktische Jugendfürsorge, die die Arbeiterorganisationen besonders in den letzten Jahren durch ihre reichgegliederte Bildungsarbeit, durch ihre Beeinflussung der proletarischen Erzieher und durch die Jugendbewegung mit ihren mannigfaltigen Arbeitsgebieten leistet.

Aber gerade dieser proletarischen Jugendbewegung wirken Regierung und bürgerliche Jugendfürsorgebestrebungen rücksichtslos entgegen. Umso mehr wird die Arbeiterklasse der bürgerlichen Jugendfürsorge gegenüber auf der Hut sein. Die Verpflichtungen von Reich, Staat und Gemeinde zum Schutze und zur Bildung der Jugend erkennt sie an und sie wird durch ihre berufenen Organe jeden einzelnen gesetzgeberischen Versuch praktischer Arbeit prüfen und — soweit er es verdient — fördern. Der privaten Fürsorge und „Wohltätigkeit“ der bürgerlichen Sozialreformer aller Spielarten aber steht die Arbeiterklasse mit unverhohlenem Mißtrauen und in offener Kampfstellung gegenüber.

Sie empfindet es schon bitter genug, daß die heutige Volksschule die Arbeiterjugend bewusst den geistigen Einflüssen des Elternhauses zu entfremden versucht. Um so entschiedener wird sie allen Bemühungen entgegen treten, die die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auch nach der Schulzeit der geistigen Umwelt des proletarischen Elternhauses und der proletarischen Weltanschauung entziehen wollen. Erfreulicherweise wird die Arbeiterklasse in diesem Bemühen in wachsendem Maße von den nächstbeteiligten, von den jugendlichen Arbeitern und ihren Organisationen und Ausschüssen, unterstützt.

Die Arbeiterklasse sorgt selbst für ihre Jugend — das ist die beste Jugendfürsorge.

Verbands-Angelegenheiten

Aufruf an unsere Kollegen!

Kollegen! Seit den ersten Wochen des Mai befindet sich ein Teil unserer französischen Kollegen in einem schweren Kampfe, der ihnen in beispiellos brutaler Weise von zwei Unternehmern aufgenötigt wurde.

So wurden in M e h u n s u r D e v r e durch den Porzellanfabrikant P i l l u v o y t 800 Kollegen und Kolleginnen und in B i e r z o n von dem Unternehmer B o u c h a r d 180 Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen ausgesperrt. Der Grund zu dieser Aussperrung ist darin zu suchen, daß die Brennhausarbeiter in diesen beiden Betrieben, zusammen 35 Personen, geringe Lohnforderungen gestellt hatten. Ohne sich auf eine ruhige Auseinandersetzung über diese billigen Forderungen mit den Arbeitern einzulassen, beantworteten diese beiden Unternehmer, die in den Kreisen der französischen Kollegen als besonders rücksichtslos gegen die Arbeiter auftretende Arbeitgeber bekannt sind, diesen Wunsch mit der A u s s p e r r u n g der Kollegen und B e t r i e b e r.

L h u z a i e n a r a g n i die Organisation der französischen Kollegen den Kampf auf und voll Energie und in festem Zusammenhalt traten die Arbeiter den Unternehmern entgegen. Aber die französischen Kollegen, die noch unter den Nachwirkungen einer sie sehr schwer getroffenen Krise zu leiden haben und die bereits vor kurzem in Bierzon in einem hartnäckigen Kampf gestanden haben, haben schwer zu ringen, um die kämpfenden Genossen aus eigenen Mitteln über Wasser halten zu können; denn den 1000 Ausgesperrten stehen nur rund 3500 Organisierte gegenüber. Und die Unternehmer drohten, die Betriebe drei Monate geschlossen zu halten, wenn die Arbeiter sich nicht willenlos unterwerfen würden!

Das aber darf nicht sein! Der grenzenlose Egoismus dieser beiden Unternehmer darf nicht triumphieren, diese unglaubliche Brutalität darf nicht siegen über die selbstverständlichen Rechte der Arbeiter! Und darum müssen wir den französischen Kollegen helfen, müssen ihnen beistehen, diesem Unternehmerrhochmut erfolgreich trotzen zu können!

Aus diesem Grunde fordern wir unsere Kollegen auf, nach besten Kräften zu dem Kampffonds für die französischen kämpfenden Kollegen beizusteuern, die dafür bestimmten Gelder ohne Säumen an den Kollegen *S e r b e n* einzusenden und auf dem Abschnitt zu bemerken, daß der Betrag für die französischen Kollegen bestimmt ist.

Uns Werk, Kollegen! Und denkt daran, daß die Internationalität der Arbeiterbewegung kein leeres Wort sein darf, sondern daß wir alle gern bereit sind, auch durch die Tat zu beweisen, daß die frei organisierte Arbeiterschaft der ganzen Welt eins ist, im Denken und im Handeln!

Der Verbandsvorstand.
G. Wollmann.

An die Zahlstellenkassierer.

Dieser Nummer der „Ameise“ liegt die statistische Karte des Statistischen Amtes für das 2. Quartal bei. Die Zahlstellenkassierer werden um sofortige Ausfertigung und um Einsendung der Karte bis spätestens 5. Juli ersucht. Kassierer, welche solche Karte nicht erhalten, wollen solche sofort beim Verbandsbureau reklamieren.
Georg Wollmann.

Von der Agitation!

Ueber das Ergebnis der von unseren Kollegen in Altwasser getriebenen Agitation wird uns berichtet: Unsere Agitation, welche in Stanowitz mit einer Versammlung und darauffolgender Hausagitation einsetzte, brachte uns in Stanowitz den Erfolg, daß wir auf den ersten Ansturm gegen 30 Mitglieder aufnahmen und 14 Tage später die Zahlstelle mit einigen 40 Mitgliedern gründeten. In Königszell wurde uns die Agitation nicht so leicht, wie wir schon voraus gesehen hatten. Da wir dort kein Lokal zu einer öffentlichen Versammlung erhalten konnten, forderten wir die Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen zu einer Werkstattbesprechung am 30. Mai auf, in welcher Kollege Sacher-Bunzlau referierte. Es waren ungefähr 70—80 Personen anwesend, welche wohl einsahen, daß es notwendig wäre, in Königszell wieder eine Zahlstelle zu gründen, aber zur Aufnahme ließen sich nur wenige bewegen, aus Furcht beim Direktor der Fabrik denunziert zu werden. Am Sonntag darauf wurde eine Hausagitation veranstaltet, welche uns sehr schwer gemacht wurde. Wir erzielten 12 Aufnahmen. Am Montag, den 1. Juni, wurden die Arbeiter der einzelnen Abteilungen zusammen gerufen und ihnen von den betreffenden „Obern“ erklärt: Die Direktion hat erfahren, daß die sogenannten Genossen von Altwasser hier waren, um die Arbeiter der hiesigen Porzellanfabrik in den Berliner Verband aufzunehmen. Die Direktion hat nichts gegen eine Organisation, aber der Berliner Verband will nur wählen, daher macht die Direktion bekannt, daß jeder, der sich in den Berliner Verband aufnehmen läßt, gekündigt wird. Ein Obermaler setzte noch hinzu: Es sollte mir leid tun, wenn ich verheiratete Leute kündigen müßte, die Ledigen machen sich ja nichts daraus, aber die Verheirateten werden wissen, wie schwer es ist, wo anders Arbeit zu erhalten. Nach diesen Worten des Ober wollte sich wohl ein Kollege extra lieb Kind machen, indem er erklärte: „Sowohl Herr . . . , wir werden die Augen offen halten.“ Nach diesem Bescheide zogen verschiedene Kollegen die Forderung zum Bruch mit der Fabrik. Da es darauf ankam, im Falle der Fabrik die Porzellanfabrik mit der Bekanntmachung: „Mitglieder des Berliner Verbandes werden hier nicht beschäftigt, eventuell ohne Kündigung entlassen. Die Direktion.“ Daraufhin hielten wir am 12. Juni, nachmittags, im Garten von Tauselt in Königszell eine öffentliche Versammlung ab. In dieser referierte Genosse Osterroth über „Unternehmer-taktik gegen die Arbeiter-Organisationen.“ Derselbe geißelte scharf das Vorgehen des Direktors, der doch als ausgesprochener Freisinnsmann selbst auf jede Weise stramm organisiert ist, aber seinen Arbeitern verbietet, in den Berliner Verband zu gehen. Daraus müßten doch eigentlich auch die Königszeller Porzellanarbeiter und -Arbeiterinnen die Lehre ziehen, daß gerade dieser Verband für die Arbeiter der beste wäre, sonst würde derselbe von dem Direktor Bosson nicht so bekämpft werden. Anwesend waren gegen 100 Personen, aber herzlich wenig Porzelliner, diese blieben wieder aus Furcht vor der Direktion zu Hause. In diesem Sinne ersuchten wir auch die Erschienenen, Anmeldungen zum Verbandsbureau in der Verkaufsstelle des Konsumvereins abzugeben. Troggedem werden wir auch immer wieder wählen, um auch trotz der Gegenarbeit des Direktors immer mehr Mitglieder in Königszell aufzunehmen und die bisherigen

Mitglieder auf jede Weise zu halten suchen, wenn es auch Opfer und Unkosten macht.

Sehr bezeichnend war auch eine Antwort, welche ich auf eine Anfrage an die Verwaltung des dortigen Gewerkevereins erhielt. Dieselbe lautete: „Ihre werthe Zuschrift vom 31. 5. erhalten und wurde selbige im Vorstand und Monatsversammlung vorgelegt, um die Stimmung der Mitglieder zu ergründen. Die Mehrzahl der Mitglieder lehnte den Uebertritt entschieden ab. Unter diesen Umständen wäre es unnötige Zeit- und Geldverschwendung, die werthen Kollegen nach hier kommen zu lassen, da ein Erfolg vollständig ausgeschlossen wäre. Mit koll. Gruß Josef Wittmann, Schriftführer.“ Kommentar überflüssig. Wir hatten an die Verwaltung das Gesuch gestellt, zwei Mitgliedern von uns zu einer Versammlung ihrer Zahlstelle Zutritt zu gewähren, damit wir eventuell der Versammlung die Uebertrittsbedingungen mitteilen könnten. Bemerkenswert und wohl einzig dastehend ist die Tatsache, daß viele Kollegen sich wohl im Wahlverein als Mitglieder befinden und zu gleicher Zeit dem Gewerkeverein als Mitglieder angehören, aber von unserem Verbandsbureau absolut nichts wissen wollen. Sogar der Kolporteur der „Volkswacht“ weigerte sich entschieden, in unseren Verband zu gehen, meldete sich aber später zum Gewerkeverein an.

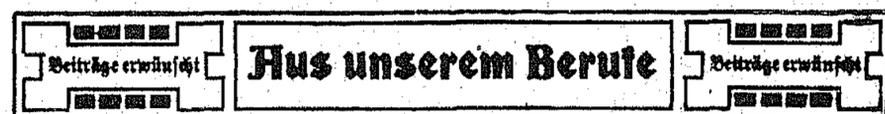
sch.-Altwasser.

Aus Mitgliederkreisen.

Eine Nachbemerkung.

Den Kollegen, welche in Nr. 20 der „Ameise“ gegen meine Ausführungen geantwortet haben, erlaube ich mir, zu meiner Entgegnung in Nr. 22 der „Ameise“ folgendes nachzutragen. Die Kollegen sind auch der Meinung, daß aus dem Bureau kein Beamter als Gauleiter genommen werden kann, desgleichen Agitation in Zukunft mehr geschehen soll. Woran liegt es nun, daß wir so wenig Fortschritte in der Mitgliederzahl haben? Trogdem die Beamtenschaft eine höhere geworden ist? Weil von den Beamten im Bureau nur drei Beamte zur Agitation usw. fähig sind. Dadurch werden wir nie vorwärts schreiten. So bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, wenn die zuletzt angestellten Beamten auf ihre Agitationsfähigkeit geprüft worden wären, wäre es besser gewesen, denn so viel wie mir bekannt ist, haben dieselben noch keine Agitationstour unternommen, so lange dieselben angestellt sind. Nur am Schreibtisch zu sitzen hat keinen Zweck für eine Organisation. Unter diesen Umständen will ich den Kollegen recht geben, wenn kein Beamter aus dem Bureau genommen werden kann. Trogdem meine Ausführungen keine Anerkennung gefunden haben, halte ich dieselben aufrecht. Und meiner Ansicht nach könnten wir uns mit den jetzigen Beamten begnügen, bis zur nächsten Generalversammlung und bis zur Erledigung der Verschmelzungsfrage.

Baumgarten-Nixdorf.



Neustadt b. Coburg. Uns wird berichtet: „Am Sonnabend, den 18. Juni, wurden sämtliche Porzellanarbeiter der Firma *S e b e r & C o.* gekündigt. Die Ursache ist nicht etwa, wie man zur jetzigen Zeit zu pflegen glaubt, in einer Geschäftskrise zu suchen, sondern in Lohn Differenzen. Der Vorgang ist folgender: Die Dreher waren bis jetzt im Tagelohn tätig, bis am Freitag für ihre neue Beschäftigung bekannt gegeben wurde, daß sie von jetzt an Lohnarbeiten sollten, worauf ihnen auch gleich Preise gemacht wurden, mit welchen sie aber nicht zufrieden sein konnten. Es kam nun zwischen beiden Parteien zu keiner Einigung und so wurde den vier Drehern gekündigt. Am Montag früh bereits hoffte man für die in Kündigung stehenden Ersatz zu beschaffen. Tatsächlich kamen auch zwei Kollegen und traten in Arbeit. Als ihnen aber die Verhältnisse in der Fabrik geschildert wurden, packten sie kurzerhand ihre Sachen und verließen die Fabrik. — Mögen die Porzellanarbeiter allorts vorläufig, so lange nicht die Differenzen geregelt sind, die Hebersche Fabrik meiden.“

Frankreich. In Mehun sur Yèvre und in Bierzon dauert der Kampf nach wie vor an. Die Kollegen halten fest zusammen und auch die Unternehmer finden in ihrer Arbeitgeberorganisation einen starken Rückhalt. Aber trogdem konnte der Fabrikant *P i l l u v o u y t* in Mehun die Tore seiner Fabrik nicht luftdicht für drei Monate geschlossen halten. Eilige Bestellungen nach England mußten expediert werden. *Pilluvout* warb also mit allen Kräften Streikbrecher. Nach vielen Mühen fanden sich acht Mann, die sich bereit erklärten, die Waren zu packen und zu expedieren.

Doch am Morgen, als diese Gesellen zur Arbeit gehen wollten, standen sämtliche Ausgesperrte vor der Fabrik und die Arbeitswilligen konnten nicht in den Betrieb gelangen. Billuunt raste und schäumte vor Wut, und so hatte er nichts Gütigeres zu tun, als den Bürgermeister um die Sendung von Gendarmen zum Schutze der Arbeitswilligen anzufragen. Der Bürgermeister, ein Sozialist, lehnte ab und bedeutete dem aussperrungswütenden Unternehmer, daß seiner Meinung nach die Gendarmerie nicht dazu vorhanden ist, in den wirtschaftlichen Kämpfen die Schutztruppe der Unternehmer zu bilden. Und der Gemeinderat von Mehun gab dem Bürgermeister nicht nur recht darin, sondern er bewilligte für die Ausgesperrten 2000 Frks., zum Ankauf von Brot und Kartoffeln. Daraufhin wendete sich der Unternehmer an den Präsekt — Landrat — denselben um bewaffneten Schutz für die Handvoll Streikbrecher ersuchend. Ob dieser Beamte diesem Wunsche nachgekommen ist, ist uns zurzeit noch nicht bekannt. Jedenfalls würde irgend ein Eingreifen der Gendarmerie den Kampf nur verschärfen, den Widerstand der Arbeiter weiter aufstacheln und den kämpfenden Kollegen neue Hilfsquellen erschließen. Es haben sich die in Arbeit befindlichen französischen Kollegen bereit erklärt, pro Woche einen Frank Extrabeitrag zu zahlen und die Kolleginnen wollen jede Woche bis zur Beendigung des Kampfes 50 Centimes in die Streikkasse abführen. — So ist denn alle Hoffnung vorhanden, daß, gestützt durch den Opfermut der eigenen Kollegen und gestärkt durch die Sympathien der ausländischen Porzelliner, die kämpfenden Kollegen und Kolleginnen in Mehun und Bierzon siegreich bleiben.

Griechenland. Immer und immer wieder finden sich Kollegen bereit, auf irgend welche verlockenden Versprechungen gewissenloser Agenten oder von unsauberen Landsleuten, die irgendwo eine Werksführerstellung einnehmen, ins Ausland zu gehen. Zumeist müssen das dann die Kollegen schwer büßen. Da lockte sie zuerst der anscheinend hohe Lohn. Und ohne irgend welche Kenntnisse von dem Leben, den Gewohnheiten, Preisen und den Rechtsverhältnissen des betreffenden Landes zu besitzen, laufen sie in die ungewisse Zukunft hinein. Nachher sitzen sie dann da und jammern und klagen. So ging es auch jetzt wieder einigen Kollegen, die sich durch einen gewissen Knops, der früher in Wittenberg und später in Elmshorn Oberdreher war, verleiten ließen, nach Athen zu gehen. Es verkaufte der eine Kollege, ehe er von Elmshorn fort ging, seine ganze Wirtschaft für ein Spottgeld. Nur die Betten und Kleider ließ er nach Athen senden. Der Transport blieb sechs Wochen unterwegs und kostete dann gegen 32 Mk. Fracht. Als der Kollege sich diesen Betrag als Vorschuß geben lassen wollte, erhielt er wohl das Geld, aber es wurde ihm am nächsten Tag bis zum letzten Pfennig sogleich wieder abgezogen. Nun sitzt der Kollege mit seiner Familie in Athen. Der Landessprache nicht mächtig, mit den Rechts- und Lebensverhältnissen nicht vertraut, ist er ganz der Willkür des Unternehmers und des deutschen Werksführers anheim gegeben. Und wie hat sich der betreffende Kollege getäuscht. Trotz schwerer Arbeit, die Preise sind so niedrig wie in den schlechtesten Buden Deutschlands angesetzt, verdient der Kollege als Dreher nur 6½ Drachmen pro Tag. Eine Drachme ist eine Silbermünze im Werte von 80 Pf. Feiertage werden in diesem Betriebe nicht eingehalten und als der Kollege am zweiten Pfingstfeiertag nachmittags von der Arbeit fortblieb, wurde er am nächsten Tag von dem deutschen Werksführer Knops ausgesperrt. Nun aber ist der Lohn auch ein ganz unzulänglicher, wenn man die Preise in Athen kennt. Nur einige Beispiele dafür führen wir an: Für ein ganz jährliches Logis müssen monatlich 25 Drachmen gezahlt werden. Dabei wimmelt in den ärmeren Quartieren alles von Ungeziefer. Auch die notwendigsten Lebens- und Bedarfsmittel sind sehr teuer: 2½ Pfund Butter kosten 10 Drachmen = 8 Mk., einfache Würst pro Pfund 11 Drachmen, 1 Pfund Zucker 1,60 Drachmen = 1,35 Mk., eine Flasche Bier 1,25 Mk., ein Liter Petroleum 80 Pf. und für Rasieren zahlt man 50 Pf. Daß da mit einem Verdienst von knapp 5 Mk. pro Tag nicht auszukommen ist, dürfte jedem klar sein. Und der Kollege hat denn auch das lebhafteste Verlangen, so schnell wie möglich wieder dem schönen Griechenland den Rücken kehren zu können. Mögen sich das die anderen Kollegen zur Warnung dienen lassen, daß sie auf die Werbungen von Knops oder ähnlichen Leuten nicht herein fallen. Die Firma, um die es sich dabei handelt, lautet: A. Stavropoulos & Co., Athen.

Oesterreich. Wilhelmsburg. Die Differenzen mit der Firma Lichtenstein sind noch immer nicht beendet. Die Kollegenschaft hat nun zur passiven Resistenz gegriffen. Diese wirkt sehr gut und sind dadurch bereits große Stockungen im Fabriksbetriebe zu konstatieren. 100 Arbeiter sind bereits ohne Arbeit und werden vom Verbands unterstügt. Wir ersuchen

auch unsere Kollegen, jeden Zuzug nach Wilhelmsburg aufs strengste zu unterlassen.

Altrohla u. Ueber eine Massenversammlung von Kolleginnen und Kollegen unter freiem Himmel berichtete der „Porzellanarbeiter“ in seiner letzten Nummer u. a. aus Altrohla u., der böhmischen Porzellanerzentrale: Am Mittwoch, den 15. Juni, fand hier unter freiem Himmel die größte Porzellanarbeiterversammlung statt, die wir je gesehen haben. Schon der Anblick war erhehend, als die Riesenfabriken um 6 Uhr ihre Tore öffneten und die Massen von Arbeitern und Arbeiterinnen im breiten Strome dem Gemeindeplatze zustrebten. Das Gewoge dieser Menschenflut am Versammlungsplatze war überwältigend. „Wir halten unsere Monatsversammlung der Ortsgruppe ab“, sagten die Vertrauensmänner und ihre Augen blitzten freudig auf wie sie sahen, daß in einigen Minuten der große Platz dicht gedrängt gefüllt war. 2500 Arbeiter und Arbeiterinnen waren gekommen, um zu erklären, daß sie von nun an gewillt sind, besser für ihre Organisation zu arbeiten, daß die Zeit gekommen ist, ernstlich eine Besserung zu erstreben. Und der Ernst spiegelte sich in den Gesichtern der Teilnehmer, neuer Mut, neue Entschlossenheit zeigten sich in den Zügen. Als der Referent Gillebrand in wuchtigen Worten all das Elend, all die Schrecknisse und Unbill des Arbeiterlebens schilderte, da ging eine tiefe Bewegung durch die Zuhörer. Alle standen im Banne der markigen Ausführungen. Der Redner besprach alle Mißstände in den Fabriken, die Wirkungen der immer mehr überhandnehmenden Frauenarbeit. Als der Referent die Versammlung aufforderte, die Organisation zu stärken, das Selbstvertrauen wieder wach zu rufen, die Gleichgültigen und Saumseligen aufzurütteln, da erscholl tausendstimmiger Zuruf: „Ja, wir werden es tun.“ Vom Referenten wurde nachstehende Resolution zur Annahme empfohlen: „Die Arbeiterschaft von Altrohla u. leidet seit langen unter ganz schlechten Lebensverhältnissen. Die Geschäftskrisis, die eine ungeheure Arbeitslosigkeit verursachte, verbunden mit einer unerhörten Lebensmittelerhöhung und der fast unerschwinglichen Steigerung der Wohnungsmiete, haben die Arbeiterschaft in größte Not gebracht. Die Arbeiterschaft sieht sich deshalb gezwungen, an die Unternehmer wegen einer Besserung ihrer Notlage heran zu treten. Die heute Versammelten fordern die Verbandsleitung sowie die Vertrauensmänner auf, in aller Kürze die von der Arbeiterschaft aufgestellten Forderungen zu überreichen. Es ist dies das erstmal, wo die altrohla u. Arbeiterschaft irgend welche Forderungen stellt, denn bisher hat sie das Elend mit Lammesgeduld getragen. Die Versammlung erklärt heute schon, daß sie keinen Kampf will. Sollten aber wider Erwarten die kleinen Forderungen auf Widerstand stoßen, so ist die gesamte Arbeiterschaft bereit, diese mit allen Mitteln durchzusetzen.“ Ein Wald von Händen erhob sich, als der Vorsitzende die Resolution zur Abstimmung brachte.

Aus anderen Verbänden

Maurer. Der geschäftsführende Ausschuß des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe hat an die Zentralvorstände des Maurer- und Zimmererverbandes, des baugewerblichen Hilfsarbeiterverbandes und des christlichen Bauarbeiterverbandes ein Protestschreiben folgenden Inhalts gesandt: „Aus vielen Orten geht uns die Nachricht zu, daß, entgegen den Entscheidungen des Bundesvorstandes, die Arbeit seitens der Arbeitnehmer nicht wieder aufgenommen worden ist. Vielfach sind die Arbeitswilligen absichtlich und gewaltsam zurück gehalten worden. An verschiedenen Orten ist sogar der Streik verkündet. Wir ersuchen Sie, die Ihnen angeschlossenen Organisationen anzuweisen, den Entscheidungen des Schiedsgerichts sofort Folge zu leisten. Wir verlangen, daß nunmehr spätestens am Montag, den 27. d. M., die Arbeit überall aufgenommen wird.“ Der Bundesvorstand fordert seine Ortsverbände auf, bis Montag, den 27. Juni, zu berichten, ob in ihrem Vertragsgebiet die Arbeit in vollem Umfange wieder aufgenommen worden ist. Sollte sich ergeben, daß das in den einzelnen Gebieten noch nicht der Fall ist, so wird zum 30. Juni eine außerordentliche Hauptversammlung des deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe in Halle a. S. einberufen, die weitere Maßnahmen zu beschließen haben wird. Der Bundesvorstand weist seine Ortsverbände an, bevor die Arbeit nicht allgemein aufgenommen ist, darf in örtliche Verhandlungen nicht eingetreten werden, auch dort nicht, wo die Arbeit aufgenommen ist.“ — Darnach scheinen sich neue Komplikationen zu entwickeln, die den endgültigen Frieden im Baugewerbe in Frage stellen. Der letzte Satz im Zirkular ist übrigens eine offenbare Aufforderung zum

Verstoß gegen den dresdener Schiedsspruch. Denn nach Wiederaufnahme der Arbeit sollen die örtlichen Verhandlungen beginnen und müssen diese bis spätestens den 15. Juli erledigt sein.

Metallarbeiter. In der Hagen-Schweimer Metallindustrie ist die angekündigte Massenaussperrung der Metallarbeiter ausgeführt worden. Nachdem sich die Einigungsverhandlungen zerschlagen hatten, haben die Werke, die dem Unternehmerverband angehören, die Hälfte der Arbeiter ausgesperrt, die zweite Hälfte der 20 000 Arbeiter steht in der Kündigung. Bei den Verhandlungen war über die Lohnforderungen bei der Firma Dieckerhoff, die die Ursache der Aussperrung bildete, bereits eine Einigung erzielt worden. Die Unternehmer wollten aber unter allen Umständen einen Zwangsarbeitsnachweis am 1. Juli einführen. Dem konnten die Organisationsvertreter ihre Zustimmung nicht geben. Selbst die nichtorganisierten Arbeiter wollten unter solchen Umständen nicht in die Betriebe zurück gehen. Die Vertreter der Arbeiter hatten den Vorschlag gemacht, die Frage der Einführung eines Arbeitsnachweises auf eine spätere Zeit zu vertagen, und dann nach einigen Wochen zunächst über die einzelnen Bestimmungen zu verhandeln. Die Vertreter der Fabrikanten erklärten sich bereit, in einer Generalversammlung der Unternehmer für diesen Vorschlag einzutreten. Die Versammlung des Unternehmerverbandes aber lehnte diesen Vorschlag ab und beschloß, auf der Einführung des Arbeitsnachweises zum 1. Juli bestehen zu bleiben.

Vermischtes

Aus Sachsen. Die meisten sächsischen Steuerbehörden rechnen die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstüzungen bei Streit und Arbeitslosigkeit zum Einkommen, sie gestatten aber nicht den Abzug der dafür gezahlten Beiträge. Jetzt ist durch einen Gewerkschaftsangestellten eine Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts herbeigeführt worden, das dieses nach der Ansicht jedes Nichtjuristen inkonsequente Verhalten bestätigt. In einer langen gewundenen Erläuterung wird angeführt, daß kein Rechtsanspruch auf die geleisteten Unterstüzungen bei den Gewerkschaften bestehe, solcher aber die Voraussetzung für den Abzug der für Unterstüzungszwecke geleisteten Beiträge vom Einkommen sei. Die Folge dieser Entscheidung ist nun, daß die Unterstüzungen aus den Gewerkschaftsklassen versteuert werden können, die dafür aufgewandten Beiträge aber nicht vom Einkommen abzugsfähig sind, also eigentlich eine Doppelbesteuerung des Arbeiter Einkommens.

Die Schaffung eines Reichseinigungsamtes wird besonders aus Anlaß der Bauarbeiterausperrung in zwei Artikeln der „Sozialen Praxis“ befürwortet. Professor Franke wendet sich in einem Artikel an die Regierung mit dem Ersuchen, in großen wirtschaftlichen Kämpfen nicht alles gehen zu lassen, wie es geht, den alten ablehnenden Standpunkt aufzugeben und wie in der Bauarbeiterbewegung selbst den ersten Schritt zu Einigungsverhandlungen zu tun. Magistratsrat Wöbling erwägt den Gedanken eines Reichseinigungsamtes in bestimmter Form. Aus seiner Praxis als Gewerbeichter weist er darauf hin, daß das zufällige Eingreifen der Regierung in Lohnkämpfen, wie auch die Tätigkeit der Einigungsämter der Gewerbeichter nicht allgemein befriedigen können. Bei der Arbeitskammervorlage für ein hohes, den Gewerbeichter in der Gestalt der Einigungsämter eine Einigung ermöglichter und umsehbarer, d. h. räumlich — aber nicht sachlich — erweiterte Zuständigkeit an die Seite zu setzen. Seit Jahren würde schon der Gedanke eines Reichsgewerbeichters und eines Reichseinigungsamtes erwogen. Das Reichseinigungsamt sei geradezu eine Notwendigkeit. Die Einigungsämter der Gewerbeichter sollen neben den Arbeitskammern bestehen bleiben, als eigentliche untere Instanz. Gelänge aber den unteren Instanzen eine Einigung nicht, so müßte als höchste Einigungs- und Spruchbehörde das Reichseinigungsamt entscheiden, als die Einheitlichkeit der Grundsätze wählende und mit höherer Autorität ausgestattete zweite Instanz. — Ziel wird dabei nicht herauskommen.

Im Dienste der Freiheit. Gegen in der modernen Arbeiterbewegung tätige Genossen wurden von deutschen Gerichten in den letzten Monaten folgende Strafen erkannt: Dezember 1909: 3 Monate, 3 Wochen Gefängnis und 2025 M. Geldstrafe; Januar 1910: 4 Jahre, 8 Monate, 6 Tage Gefängnis und 1699 M. Geldstrafe; Februar 1910: 7 Jahre, 10 Monate, 1 Woche Gefängnis und 745 M. Geldstrafe; März 1910: 6 Jahre, 4 Monate, 1 Tag Gefängnis und 1774 M. Geldstrafe; April 1910: 2 Jahre, 8 Monate, 2 Wochen, 4 Tage Gefängnis und 5525 M. Geldstrafe; Mai 1910: 9 Jahre,

10 Monate, 2 Wochen, 1 Tag Gefängnis und 2892 M. Geldstrafe.

Sozialdemokratischer Parteitag. Der nächste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird vom 18. bis zum 24. September in Magdeburg stattfinden. Die vorläufige Tagesordnung lautet folgendermaßen: Geschäftsbericht des Parteivorstandes Bericht der Kontrollkommission. Parlamentarischer Bericht. Die Wahlrechtsfrage. Die Reichsversicherungsgesetzgebung. Die Genossenschaftsfrage. Die Malfeier. Bericht vom Internationalen Kongreß in Kopenhagen. Sonstige Anträge. Wahl des Parteivorstandes, der Kontrollkommission und des Ortes, wo der nächste Parteitag stattfindet.

Zur Unterhaltung

Dorfmusik.

Von Leo N. Tolstoj.

Die Stimmen und die Harmonika erklangen ganz in der Nähe; bei dem Nebel war aber niemand zu erkennen. Des Werktags wegen wunderte ich mich anfangs über den Gesang am frühen Morgen.

Da ziehen wahrscheinlich Rekruten fort — fiel mir ein. War doch kürzlich die Rede davon gewesen, daß fünf Mann aus unserm Dorfe ausgehoben seien; so schritt ich denn in der Richtung des lustigen Gesangs, der einen unwillkürlich anzog, vorwärts. Als ich zu den Sängern trat, verstummte der Gesang und die Harmonika. Die Sänger d. h., die ausgehobenen Rekruten, gingen in ein aus zwei Wohnungen bestehendes Bauernhaus, zum Vater eines der zum Militär einberufenen Burschen. Vor der Tür stand ein kleiner Haufen von Weibern, Mädchen und Kindern. Als ich die Weiber fragte, was denn das für Burschen wären, die da hinzögen, und weshalb sie in das Haus gegangen wären, traten, von Müttern und Schwestern begleitet, aus der Tür die jungen Burschen selbst. Es waren fünf: vier ledige, einer verheiratet. Unser Dorf liegt in der Nähe der Stadt. Fast alle Rekruten arbeiteten bis dahin in der Stadt und trugen städtische Kleidung; hatten offenbar ihr bestes Zeug an: Jacketts, neue Mützen, schicke, hohe Stiefel. Natürlich fiel am meisten der eine mittelgroße, stattliche Bursche mit nettem, freundlichem, ausdrucksvollem Gesicht, kaum sprießendem Schnurr- und Kinnbart und glänzenden, braunen Augen auf. Sobald er aus der Tür trat, nahm er die über die Schulter gehängte, teure Harmonika, und nachdem er mich begrüßt, spielte er, indem seine Finger geschwind über die Klaviatur liefen, die lustige „Frau“ und zog genau im Takt, kurz und forsch auftretend, die Straße entlang.

Neben ihm ging ein ebenfalls mittelgroßer, stämmiger, hellblonder, junger Bursche, der sich lebhaft nach allen Seiten umsah und munter mit der zweiten Stimme einfiel, wenn der Vorsänger die erste anstimmte. Das war der verheiratete. Diese beiden schritten voraus. Die übrigen drei, in ebenso feinen Anzügen, gingen hinterher und zeichneten sich höchstens dadurch aus, daß einer von ihnen besonders groß war.

Ich zog mit der Menge hinter den Burschen her. Die Lieder waren alle fröhlich, und während des Umzuges war von Kummer nichts zu merken. Sobald die Burschen aber zum nächsten Hof kamen, in dem ebenfalls Station gemacht und ein Fußpaß person annehmen sollte, begann das Geheul der Weiber. Sie schrien und weinten, als ob sie eigentlich jammerten. Man hörte nur einzelne Worte wie: „Der liebe Tod . . . Vater der Mutter . . . Heimat . . .“ Und nach jedem Ausruf holte die Jammernde tief Atem und brach zunächst in langgedehntes Stöhnen und dann in hysterisches Gelächter aus. Das waren die Mütter und Schwestern der Fortziehenden. Außer den Klagen der Verwandten vernahm man noch das Zureden Fremder: „Hör' doch auf, Matrjona; bin schon ganz matt.“

Die Burschen gingen in die Hütte. Ich blieb auf der Straße und unterhielt mich mit einem bekannten Bauern, Wassili Orchejew, einem früheren Schüler. Sein Sohn war einer von den Fünf, der verheiratete Bursche, der die zweite Stimme sang.

„Ja . . . traurig“, sagte ich.

„Was soll man machen; traurig oder nicht — dienen muß man.“

Und er erzählte mir seine ganzen häuslichen Verhältnisse. Er hatte drei Söhne; einer war zu Hause, der andre dieser Rekrut; der dritte war ebenso wie der zweite in Stellung und schickte brav Geld nach Hause. Der Einberufene dagegen unterstützte die Familie augenscheinlich schlecht. „Hat 'ne Frau aus der Stadt: die paßt nicht zu uns. Abgerissener Kram.

Wenn er sich wenigstens selbst durchschlagen könnte. Traurig genug. Aber was soll man machen."

Während wir sprachen, traten die Burschen aus dem Hause auf die Straße. Wieder begann das Geschrei, Gekreis, das hysterische Lachen und Zureden. Nachdem man fünf Minuten bei dem Hofe gestanden, bewegte der Zug sich weiter, und wieder erklangen die Harmonika und die Lieder. Erstaunlich waren die Energie und die Sicherheit des Spielers, der ganz genau das Tempo angab, dazu mit den Füßen aufstampfte, stehen blieb, inne hielt und dann genau zur rechten Zeit mit seiner lustigen Stimme einsetzte, wobei die freundlichen Augen ringsum blickten. Er hatte augenscheinlich musikalisches Talent. Ich schaute ihn an, und als unsere Blicke sich begegneten — wenigstens schien es mir so —, geriet er in Verwirrung, bewegte die Brauen, wandte sich ab, und begann dann erst recht laut zu spielen und zu singen. Als man aber zum fünften und letzten Hof kam und die Burschen ins Haus gingen, folgte ich ihnen. Alle fünf Rekruten mußten an einem weiß gedeckten Tische mit Brot und Schnaps Platz nehmen. Der Hausherr, eben der, mit dem ich gesprochen hatte, und der seinem verheirateten Sohn das Geleit gab, schenkte Schnaps ein und machte die Honneurs. Die Burschen genossen fast gar nichts, tranken höchst ein Viertel Glas oder nippten nur daran und gaben es weiter. Der Wirt schenkte nach und bot wieder Schnaps an. . . . Während ich den Burschen zusah, kletterte dicht neben mir ein Weib in ganz überraschender, sonderbarer Kleidung vom Ofen. Sie trug ein hellgrünes, anscheinend seidenes Kleid mit modernem Besatz; an den Füßen Stiefeletten mit hohen Absätzen; ihr hellblondes Haar war ganz modern, wie ein großer Turban, frisiert und in den Ohren hingen große, goldene Ohringe. Dieses Weib sah nicht traurig und nicht lustig, aber unzufrieden aus. Sie ließ sich auf den Boden herab und schritt, mit den hohen Absätzen an den neuen Stiefeletten fest aufklopfend, in den Flur. Alles an diesem Frauenzimmer: ihre Kleidung wie die beleidigte Miene und besonders die Ohringe paßten so wenig zu der ganzen Umgebung, daß ich nicht begriff, wer das sein könne und wie sie auf Waffels Ofen geraten sei. Ich fragte das neben mir sitzende Weib.

"Waffels Schwiegertochter, dient bei einer Herrschaft", war die Antwort.

Der Wirt goß zum drittenmal nach, aber die Burschen nahmen nicht, standen auf, sprachen ein kurzes Gebet, dankten den Wirtsleuten und traten auf die Straße. Dort begann sofort wieder das Geschrei. Zuerst begann ein sehr altes, trummes Weib, das hinter den Burschen herging. Sie schrie so kläglich und jammerte sich die Seele aus dem Leibe, daß die andern Frauen ununterbrochen auf sie einredeten und sie unterhatten.

"Wer ist das?" fragte ich.

"Seine Großmutter, Waffels Mutter."

Gerade als die Alte in hysterisches Lachen ausbrach und sich auf die Arme der anderen Frauen stützte, zog der Zug weiter, und wieder erklangen die Harmonika und die lustigen Stimmen.

Am Dorfsende hielten Wagen, die die Rekruten zum Bezirksamte bringen sollten.

Alles macht Halt. Das Geheul und Weinen hörte auf. Der Harmonikaspieler aber wurde immer lebhafter. Er legte den Kopf auf die Seite, stand auf einem Bein, drehte den andern Fuß nach auswärts und trat damit Takt. Die Finger schoben hübsche Koloraturen aus, und genau an der richtigen Stelle ließ seine helle, hohe, lustige Stimme und die angenehme Begleitstimme des jungen Waffel ein. Und alt wie jung, besonders die den Zug umdrängenden Kinder — darunter auch ich — wir alle blickten unverwandt auf den Sänger und hatten unsre helle Freude an ihm.

"Ein geschicktes Nas!" sagte einer der Bauern.

"Kummer weint da und singt Lieder."

In diesem Augenblick trat der hochgewachsene Bursche mit energischen, großen Schritten zu dem Liedersänger, beugte sich zu dem Harmonikaspieler und sagte ihm etwas.

"Ein strammer Kerl", dachte ich. "Kommt sicher irgendwo zur Garde." Ich wußte nicht, wessen Sohn und von welchem Hof er sei.

"Wer ist denn der wackere Bursche da?" fragte ich einen Greis, der auf mich zukam.

Er nahm die Mütze ab, verbeugte sich, hatte aber meine Frage nicht genau verstanden.

"Was sagen Sie . . . ?"

Im ersten Augenblick erkannte ich ihn nicht. Sobald er aber zu reden begann, kam mir der arbeitssame, brave Bauer wieder ins Gedächtnis. Er hatte, wie es so oft vorkommt,

ausgesucht viel Pech gehabt. Einmal war ihm zwei Pferd gestohlen; dann war er abgebrannt; dann war seine Frau gestorben. Ich kannte ihn im ersten Augenblick deswegen nicht, weil ich ihn lange nicht gesehen und mir den Prokrop fuchsrot und mittelgroß vorstellte, während er jetzt nicht fuchsfig, sondern grau und ganz klein war.

"Ach, du bist es, Prokrop?" sagte ich. "Ich frage, wessen Junge ist denn das, der da zu Alexander geht?"

"Der?" wiederholte Prokrop, mit einer Kopfbewegung auf den hohen Burschen deutend; wiegte dann das Haupt hin und her und mümmelte etwas — ich verstand nicht, was.

"Ich sage, wessen Junge das ist?" fragte ich nochmals und sah Prokrop dabei an.

Sein Gesicht legte sich in Falten, die Backenknochen zitterten.

"Das ist meiner", sagte er, wandte sich ab, bedeckte sein Gesicht mit der Hand und greinte wie ein kleines Kind.

Erst nach diesen drei Worten Prokrops: "Das ist meiner" fühlte ich nicht nur mit dem Verstande, sondern mit meinem ganzen Wesen das Schreckliche, was sich an diesem denkwürdigen, nebligen Morgen abspielte. Dieses ganze Hin- und Herziehen, all das Unverständliche, Sonderbare, was ich sah, erhielt plötzlich eine einfache, klare, schreckliche Bedeutung. Qualvolle Scham überkam mich, daß ich es wie ein interessantes Schauspiel mit angesehen hatte. Ich blieb stehen, und kehrte im Bewußtsein, eine schlechte Tat begangen zu haben, nach Hause zurück.

Und nun der Gedanke, daß all diese Vorgänge mit tausenden, zehntausenden Menschen in ganz Rußland geschehen und geschahen, und sich noch lange bei diesem sanften, weisen frommen, und so grausam und hinterlistig betrogenen russischen Volk wiederholen werden. . . .

Uersammlungs-Berichte etc.

h. Leipzig. In der am 4. Juni stattgefundenen Zahlstellenversammlung, welche einen verhältnismäßig guten Besuch aufwies, wurde vom Vorsitzenden Bericht erstattet über die Arbeitslosigkeit der leipziger Gewerkschaften. Für die Bauarbeiter sind 20 Mk. aus dem 12 pSt.-Fonds und der Lokalkasse abgeliefert worden, ferner ergab eine Sammelliste den Betrag von 31,20 Mk. Nachdem sich die Mehrzahl der Anwesenden gegen die Erhebung eines Extrabeitrages ausgesprochen hatte, wurden noch 10 Mk. aus der Kasse bewilligt, und sollen nach Bedarf Sammellisten in Umlauf gesetzt werden. Nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten hielt Genosse Seebald-Dresden einen Vortrag über die "Aufgaben der Gewerkschaften", welcher allseitigen Beifall fand. Hoffen und wünschen wir, daß der Vortrag auf fruchtbaren Boden gefallen ist, und daß sich bei den Kollegen etwas mehr Interesse als wie bisher für Verbandsangelegenheiten geltend macht. Speziell in der Agitation ist die Verwaltung gänzlich auf sich selbst angewiesen und ließen sich bei einiger Unterstützung durch die Kollegen in der Mitgliederergewinnung und -Erhaltung ganz beträchtliche Erfolge erzielen.

h. Pankow. Die am 4. Juni abgehaltene Zahlstellenversammlung war leider wenig besucht, da nur die Hälfte der Mitglieder anwesend war. Aus der Präsenzliste ersieht man, wie die Zahlstelle wieder aufblüht. Durch eifriges Arbeiten der Kollegen ist es gelungen, fast sämtliche Kollegen der Tonwarenfabrik von G. Krüger zu organisieren. Auch haben die Kollegen eine Lohnerhöhung von 10 Prozent erlangt.

Todesbetitel.

Berlin. Ernst Schulz, Schildermaler, geboren am 18. Januar 1887 zu Berlin, gestorben am 20. Juni 1910 (Ohrenoperation).

Ehre seinem Andenken!

Adressen-Henderungen

Eilenach. Rff. Max Jablonski, Katharinenstr. 44.

Gelsenkirchen. Wf. Wilh. Mastiaux, Buschweg 2 — Schf. Josef Orth, Festweg 3, beide Wl.

Mengersgereuth. Wf. Leopold Göttinger, Dh., Schmidtsgrund — Schf. Arhur Otto, Wl., Gammern.

Oeslau. Wf. Gustav Großmann, Münchröden, Riesberg — Schf. Chr. Wohlleben, Einberg, Kirchstr. 10 — Rff. Moriz Lippert, Hauptstraße 57, sämtl. Ausschneider — Rv. Herm. Rahl, Wl., Haus Nr. 146, Albin Snyold, Ausschneider, Annawerk.

Plaue. Schf. Armin Riehm, Dh., Hauptstr. 12.

Untermhaus. Rff. Oskar Raumann, Wl., Lindenstr. 27, 3. Tr.

Gau Thüringen. Gaubureau: Ilmenau, Münzstr. 14.

Versammlungs-Anzeigen

- Annaburg.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Kretschmer. Vortrag des Genossen Paulick-Roslau.
- Berlin.** Montag, 4. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, Schildermaler, Neue Friedrichstr. 1 bei Lehmann. Plakatmaler. Die Sitzung findet von jetzt ab jeden dritten Montag im Monat statt.
- Bonn.** Sonnabend, 2. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 18. Abschluß am 6. Juli.
- Buckau.** Montag, 11. Juli, abends 6 Uhr in der Thalia, Buckau. Quartalsabschluß.
- Cöln.** Dienstag, 5. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei G. Neunzig, Schaafenstr. 45. Quartalsabschluß.
- Düsseldorf.** Sonnabend, 16. Juli, Abschluß.
- Eilsterwerda.** Abschluß Sonntag, 17. Juli.
- Fraureuth.** Sonnabend, 9. Juli, abends 8 Uhr bei August Volkstädt.
- Friedrichshagen.** Sonnabend, 2. Juli, 8 Uhr, bei Singuhr, See-straße 86.
- Großbreitenbach.** Sonnabend, 28. Juli, im goldenen Hirsch.
- Hambnig.** Sonnabend, 2. Juli, bei Oskar Lange, Bartelstr. 5.
- Hernsdorf.** Die am 2. Juli angelegte Versammlung findet wegen der Protestversammlung erst am 9. Juli statt.
- Kronach.** Sonnabend, 2. Juli, 6 Uhr, im Bayerischen Hof.
- Leipzig.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Zeitzerstr. 82. Quartalsabschluß.
- Magdeburg-Neustadt.** Sonnabend, 2. Juli, 8 Uhr, bei Koppohl, Fabrikstr. 5/6. Vortrag über: „Evangelisch-sozialer Kongress.“
- M.-Gladbach.** Sonntag, 3. Juli, vormittags 10 Uhr, im Lokale Heinen, Wallstraße 18. Bibliothekbücher mitbringen.
- Neuhaldensleben.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Herzog, Masche. Vortrag des Genossen Fr. Sawinsky-Magdeburg.
- Neustadt b. Coburg.** Sonnabend, 2. Juli, 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
- Oberkotzau.** Sonnabend, 2. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Gasthaus zur Sonne. Quartalsabschluß am 9. Juli.
- Oelde.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im Vereinslokal.
- Ohrdruf.** Montag, 4. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, beim Kollegen Eduard Anschütz.
- Osterode a. H.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im „Schützenhaus.“ Quartalsabschluß.
- Pankow.** Sonnabend, 2. Juli, 7 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Fleischer, Berlin, Buchholzerstr. 5.
- Reichmannsdorf.** Sonntag, 3. Juli, 8 Uhr, bei Gustav Kiefewetter, „Thüringer Wald“. Bibliothekbücher mitbringen.
- Roschütz.** Freitag, 15. Juli, 6 Uhr, bei Kropp, Einz. Quartalsabschluß.
- Roblau.** Sonnabend, 2. Juli, 8 Uhr, in der „Krone“.
- Sophienau.** Sonnabend, 2. Juli, 8 Uhr, Vereinslokal.
- Spandau.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr bei Schröter, Nischelsdorferstraße 5.
- Stadtlengsfeld.** Sonnabend, 2. Juli, im Vereinslokal „Schützenburg“.
- Suhl.** Sonntag, 10. Juli, nachm. 8 Uhr, in Albrechts, bei Hilsenberger.
- Tiefenfurt.** Sonnabend, 2. Juli, 1 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Brauerei.
- Untermhaus.** Sonnabend, 9. Juli, 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in der Bockschente.
- Weißwasser.** Sonnabend, 9. Juli.

Anzeigen

16. Agitationsbezirk. Sonntag, 24. Juli, nachmittags 1 Uhr, in **Neuberg**, Agitationskonferenz, wozu die Zahlstellen ersucht werden, ihre Delegierten zu senden. Fragebogen vorzubereiten, um den delegierten eine Anleitung gegeben ist.

Berlin. Sonntag, 10. Juli, in der Königsheide, Baumschulenweg: Zahlstellen-Waldfest. Die Verwaltung.

Breslau. Sonnabend, 9. Juli, im Gewerkschaftshaus: **Sommer-nachtsball.** Humoristische Vorträge, Deklamation und Rezitation. Präsent-Verteilung nützlicher häuslicher Gegenstände. Anfang 8 Uhr. Die Verwaltung.

Düsseldorf. Sonntag, 3. Juli: **Morgentour** ins Neandertal. Abfahrt 6.38 Uhr vom Hauptbahnhof nach Hochbahl. Bei ungünstiger Witterung findet die Tour nicht statt. Die Verwaltung.

Fraureuth. Sonntag, 10. Juli: **Ausflug** über Waldmannsruhe nach Leichwolframsdorf, dortselbst im Schützenhaus, Lanz. Abmarsch 12 Uhr von Volkstädt Lokal. Die Verwaltung.

Arbeitsgesuche u. Arbeitsangebote kostenlos

Arbeitsmarkt

Offerten-Verbreitung nur bei Porto-Einzufügung

Haldensleben. Kollegen, welche gesonnen sind, in Haldensleben in Stellung zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich vorher bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen.

Breslau. Kollegen, welche gesonnen sind, bei der Firma **Max Scholz** in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, sich bei der hiesigen Verwaltung zu erkundigen.

Düsseldorf. Vor Arbeitsannahme bei **Sohmann** mögen sich die Kollegen bei der hiesigen Verwaltung erkundigen.

Moschendorf. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vorher bei der Zahlstellenverwaltung nähere Erkundigungen ein zu ziehen.

Neustadt bei Coburg. Kollegen, welche gewillt sind, hier in Arbeit zu treten, werden in ihrem eigenen Interesse ersucht, vorher bei der Zahlstellenverwaltung nähere Erkundigungen ein zu ziehen.

Teltow. Da in der hiesigen Fabrik wieder die Hälfte der Dreherkollegen entlassen wurde, werden die Kollegen allerorts ersucht, Arbeitsangebote zu unterlassen und sich vor Arbeitsannahme bei der Zahlstellenverwaltung zu erkundigen. Die Verwaltung.

Maler für Rand, Band, Linien, Staffage und Stempel zum sofortigen Antritt gesucht. **Johs. Schumacher**, Porzellanmalerei Altona (Elbe), Gr. Mühlenstr. 76.

Stahldrucker, für ein Emailierwerk gesucht. Näheres durch **A. Büttgen**, Delbe i. Westfalen.

Preis der 2 gespaltenen Heftteile 80 Pfennig

Geschäfts-Anzeigen

Voranbezahlung ist Bedingung

Handarbeits-Zigaretten, russische und türkische, Stück 1-5 Pfg., 100 Stück 80 Pfennig bis 4 Mark. **Dora Zapun, Breslau,** Sonnenstr. 21.

Goldschmied, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen bei reeller Bedienung. **Joh. Grothe,** Ahlen i. Westf., Nordenmauer 40.

Alle goldhaltigen Abfälle kauft

Martin Kaufmann



Zwickau S. Grimmitzschauerstrasse 13

Zu den höchsten Preisen kauft ständig **Goldschmied, Nische,** sowie alle goldhaltigen Sachen bei schneller, reeller Bedienung. **Joh. Steinel,** Marktredwitz i. Bayern, Oberredwitz 22.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

Osterweinst. 32



Osterweinst. 32

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 Mk. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-H.,** Gneisenaustr. 6.

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden N., Blasewitzerstraße 64-66.

Goldschmied

sowie goldhaltige Nische, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Vergolberet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung, **Oskar Reilmann,** Stadtilm i. Thür.

Gerausgeg. v. Verbanne d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Red. u. Verlag: **Fritz Bietz,** Charlottenburg, Königsplatz 14. Druck von **Otto Goerke,** Charlottenburg, Guertelstr. 21.